

# Japanische Innenpolitik 2011/12: Die Katastrophen von Fukushima (»3/11«) lasten auch 2012 weiter auf den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft

Japanese Domestic Policy 2011/2012: The Disasters at  
Fukushima (»3/11«) in 2012 Further Burden on the Leaders in  
Politics and Economy

*Manfred Pohl*

*In retrospect, the year 2011/12 has to be recorded as just another year of bitter political infighting – both within the main governing party DPJ (Democratic Party of Japan) and between the government and the opposition led by the LDP (Liberal Democratic Party). Maneuvering rather skillfully, Prime Minister Yoshihiko Noda managed to reach his main political goal, an increase of the consumption tax to 10 % in two steps by 2015. He had to pay a high price: LDP and New Kōmeitō supported his plan in parliament, but only after he promised lower house elections »soon«. Strong forces in Noda's own party were strictly against a raise in taxes, and in view of the ever decreasing popularity rates for Noda and the DPJ, many young DPJ politicians deserted the party, desperate for political survival. Taking the lead of these DPJ politicians, »destroyer« Ichirō Ozawa split just another party he helped to build and led to election victory in 2009. New challenges to established political forces sprang up in the region Ōsaka/Nagoya: Locally based political parties lay claim to a nationwide role, as represented by the Ōsaka Isshin no Kai-leader, political maverick Tōru Hashimoto. While searching for those responsible, in 2012 various commissions produced avalanches of contradictory technical data concerning »3/11«, ending only in mutual accusations.*

*Meanwhile, displaced victims of the Fukushima catastrophes are still waiting for fundamental help, while nuclear reactors are being restarted – obviously against the expressed wish of the general public.*

## 1. Einleitung

Dieser Berichtssteil könnte im Rückblick ein Abgesang auf die Regierung Yoshihiko Noda werden. Noda wäre der dritte DPJ-Regierungschef seit 2009, der als Verfechter logisch begründeter Politikziele dem traditionellen Ränkespiel der japanischen politischen Kultur zum Opfer fällt. Das zurückliegende Jahr war gekennzeichnet vom Zerfall politischer Organisationen, persönlichen politischen Überlebensängsten und dem Kampf um dringliche Aufgaben der Politik, verschärft noch durch populistische Geltungssucht und Egomane einzelner Spitzenpolitiker. Die Arbeit an Lösungen für drängende politische Aufgaben verblasste gegenüber diesen kleinlichen Scharmützeln, auch die Aufklärung der Katastrophengründe von »3/11« und die Suche nach Verantwortlichen drohte in diesem Drama zeitweise zur Nebenhandlung zu werden.

Im Juli 2012 standen Unterhauswahlen bevor, die von der Opposition erzwungen wurden – nur so konnte Ministerpräsident Yoshihiko Noda sein wichtigstes Gesetzesvorhaben verwirklichen: die Verdoppelung der Mehrwertsteuer auf 10 % bis 2015. Das Unterhaus verabschiedete mit Regierungsmehrheit die nötigen Gesetze im Juli 2012, Anfang August ließ die Oppositionsmehrheit auch im Oberhaus die Gesetze passieren – jetzt musste Yoshihiko Noda seine Absprache mit LDP-Chef Tanigaki einlösen: Vorgezogene Neuwahlen. Die Steuergesetze gingen also letztlich glatt durch beide Parlamentskammern, aber LDP und Kōmeitō weigerten sich, einem Gesetz zur Defizitfinanzierung von 40 % des Haushalts 2012 über Staatsanleihen zuzustimmen (*JT* 11.08.2012). Noda betonte mehrfach, dass »bald möglichst« vorgezogene Unterhauswahlen stattfinden würden (*AS* 10.08.2012c). Nach Billigung der Steuererhöhungspläne gab Generalsekretär Ishihara von der LDP den Zeittakt vor: der Regierungschef plane die Auflösung des Unterhauses für September 2012 (*YS* 11.08.2012).

## 2. Rückblick 2011/2012

Nodas Steuererhöhungsgesetze hatten seine Regierung bereits in ein Populäritätstief getrieben, der Beschluss, ein Kernkraftwerk wieder ans Netz gehen zu

lassen, ließ die Zustimmung für Noda noch weiter abstürzen: Tausende Demonstranten protestierten in Tōkyō gegen das Wiederanfahren des Reaktorblocks 3 im Atomkraftwerks Oi im Westen Japans (Fukui; Betreiber: KEPCO); Ministerpräsident Noda hatte das Anfahren wegen befürchteter Energieknappheit während des Sommers und aus Sorge vor Rückschlägen in der Industrieproduktion angeordnet (NYT 01.07.2012). Schon vorher hatte der Gouverneur von Fukui mit Verweis auf die wirtschaftliche Bedeutung der Anlage angekündigt, das Anfahren des Kraftwerks Oi zuzulassen (Reaktoren 3, 4), obwohl durchaus noch letzte Sicherheitsbedenken bestanden (JT 15.06.2012). Die Kommission, die im Auftrag des Parlaments die Vorgänge von Fukushima untersuchte, verwies nachdrücklich darauf, dass die Folgen der Katastrophen keineswegs überwunden seien: 160.000 Menschen lebten noch immer als Atomflüchtlinge, ältere Menschen fielen den Strapazen der Zwangsumsiedlung zum Opfer, Unternehmen mussten schließen – kurz: zahllose Menschen wurden durch Fukushima ihres normalen Lebens beraubt, sie leben mit Schmerz und Unglück, so der Bericht.

## 2.1 Außenpolitik und innenpolitischer Streit: Noda in der »Nationalismus-Falle«

Nodas Haltung zu nationalistischem Gedankengut ist durchaus ambivalent und macht ihn anfällig für Druck von »rechts außen«: Vor seinem Amtsantritt hatte der Sohn eines Armee- (SDF-) Offiziers im August 2011 noch Irritationen ausgelöst, als er öffentlich feststellte, die Kriegsverbrecher der Klasse A, die (auch) im Yasukuni-Schrein verehrt werden, seien *keine Verbrecher mehr*, da sie für ihre Taten gebüßt hätten (JT 21.04.2012). Innenpolitisch geriet Noda wie auch sein Vorgänger Kan in eine »Nationalismus-Falle«, die Tōkyōs Gouverneur gestellt hatte: Shintarō Ishihara kündigte an, die Senkaku-Inseln vor Taiwan mit Mitteln der Stadt Tōkyō und privaten Spenden von ihrem privaten Eigentümer zu kaufen. De facto kontrolliert Japan die Inselgruppe, aber Taiwan und vor allem China erheben Territorialansprüche – China spricht von Chinas »heiligem Territorium«. Noch im Friedens- und Freundschaftsvertrag zwischen Japan und China (1978) wurden die Senkakus nicht erwähnt, jedoch hatte Chinas mächtigster Mann, Deng Xiaoping, ausdrücklich mehrfach darauf hingewiesen, dass die Territorialfrage nur »ausgeklammert« (*tana'age*) sei; verstärkte chinesische maritime Machtdemonstrationen 2010 und 2011 mussten das Problem zwangsläufig wieder akut werden lassen. Die politische Rechte hatte Noda hier erfolgreich unter Zugzwang gesetzt, zu einem Zeitpunkt, in dem innenpolitisch andere, wichtigere Probleme im Vorder-

grund standen: Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Zukunft der Atompolitik. Außenpolitische Fragen waren dabei nur schwer zu lösen: Noda nannte auch Japans zukünftige Mitgliedschaft in einer Transpacific Partnership (TPP) als eines seiner (außen)politischen Hauptziele; andere Ziele verblassten dahinter. Im Juli kam mit Ishiharas Vorstoß also ein weiteres Problem hinzu; Noda musste auf die Pläne des Gouverneurs von Tōkyō initiativ reagieren, um nicht »rechts überholt« zu werden und in der Öffentlichkeit noch weiter an Ansehen einzubüßen, wobei ihm dieser »Rechtsruck« durchaus zusagte.

## 2.2 Nationalismus und politische Organisationen: Leitfiguren Ishihara und Hashimoto?

Am 28. April 1952 war die neue japanische Verfassung in Kraft getreten, und Japan wurde wieder souverän; 2012, also 60 Jahre später, flammt wieder einmal die Debatte um grundsätzliche Reformen dieser »Friedensverfassung« auf, Parteien wie die LDP, *Your Party*, *Tachiage Nippon* (Steh auf, Japan!) und eben auch die *Ishin no Kai* aus Ōsaka legten Entwürfe für Verfassungsänderungen vor. Sie setzten offenbar auf eine generelle Mutlosigkeit in der Bevölkerung, die lange wirtschaftliche Stagnation im Gefolge der »3/11«-Katastrophen von Fukushima. *Ishin no Kai* und *Your Party* zielen auf ein Ein-Kammer-Parlament, die LDP will Notstandsgesetze für die Regierung, mit deren Hilfe sie Grundrechte außer Kraft setzen kann. Die SDF soll in eine reguläre Armee umgebildet werden (LDP), die Position des Kaisers soll aufgewertet werden, der Tenno würde wieder Staatsoberhaupt, statt »Symbol des Staates« – kurz: die LDP und andere Parteien ignorieren den inzwischen natürlich gewachsenen Konservatismus des japanischen Volkes, um ihn durch einen überholten Nationalismus wieder zu ersetzen. Die ständig wiederholte Behauptung, dass die Verfassung ein »amerikanisches Werk« sei, ignoriert, dass Kernelemente auf Drängen *japanischer* Staatsrechtler aufgenommen wurden, so Artikel 25 mit der Forderung nach sozialer Wohlfahrt, sozialer Sicherheit und öffentlicher Gesundheit und Artikel 26 mit dem Grundrecht auf kostenlose und allgemeine Schulpflicht für alle. Auch der »Kriegsverzichtsartikel 9« wurde maßgeblich von japanischen Staatrechtlern mitgestaltet (JT 05.05.2012).

Schon lange warnt Ishihara vor einer »Kolonisierung« Japans durch China; eine Rhetorik, die zur äußerst konservativen Position Ishiharas passt, aber wohl auch eine Grundstimmung in der Öffentlichkeit widerspiegelt. Nachdem Tōkyōs Gouverneur (in Washington!) seinen Plan angekündigt hatte, in Eigeninitiative drei Senkaku-Inseln zu erwerben, musste Noda reagieren: die Regierung wolle selbst

die Inseln kaufen. Beide Pläne lösten heftige Reaktionen in China und Taiwan aus; der schrille Nationalismus in chinesischen Medien war besonders beunruhigend. Sicher spielte auch eine Rolle, dass die USA ausdrücklich die Senkaku-Inseln in den Sicherheitsparameter des bilateralen Verteidigungsbündnisses einbezogen haben. Der Territorialstreit im südchinesischen Meer, der Chinas Beziehungen zu den Philippinen und Vietnam belastet und dort Sorgen vor China schürte, verhinderte wahrscheinlich im Juli 2012 vorläufig eine Eskalation. Bisher hatte die Metropolregierung Tōkyō jährliche Pachtverträge mit dem Eigentümer von drei Senkaku-Inseln aus Saitama abgeschlossen (eine vierte Insel dient als Bombenziel für US-Flugzeuge). Er neigt aber einem Verkauf an die Gebiets-/Stadtregierung Tōkyōs zu, also Ishiharas Plan. Die jetzige Pacht läuft im März 2013 aus; vor einem Verkauf wären Vermessungsarbeiten nötig, die japanische Regierung aber verbietet das Betreten der Inseln. Noda betonte mehrfach, dass die Inseln »zweifelsfrei« japanisches Territorium seien. Ishihara wertete den Plan Nodas abfällig als »populistisch« (*MS* 08.07.2012). Der Regierungschef fürchtete dagegen weiteren unabsehbaren Schaden in den japanisch-chinesischen Beziehungen, wenn Ishihara die Inseln wirklich kaufen würde. Ohnehin war die Stimmung zwischen beiden Staaten Anfang 2012 eingetrübt: Ausgerechnet Takashi Nakamura, der Bürgermeister von Nagoya, Partnerstadt des chinesischen Nanjing, leugnete gegenüber einer Delegation aus der chinesischen Stadt das Massaker japanischer Militärs an der dortigen chinesischen Zivilbevölkerung 1937. Auf kritische Stellungnahmen reagierte er nur mit Bekräftigung seiner Auffassung, es habe das Massaker von Nanjing nie gegeben, wenn überhaupt, könne man nur von »kriegsüblichen Gewalttaten in Nanjing« sprechen. In China brach ein Sturm der Entrüstung los, und Nanjing setzte daraufhin die Partnerbeziehungen mit Nagoya aus (*JT* 23.02.2012; *XINHUANET* 22.02.2012).

Noda hatte zwar gegenüber chinesischen Gesprächspartnern vor weiteren Aktivitäten der Volksmarine in den Gewässern um die Inseln gewarnt, aber keine weiteren demonstrativen Schritte zur Absicherung der japanischen Rechtsauffassung unternommen; die LDP verlangt solche Maßnahmen, auch sie unterstreicht in ihrem Programm Japans Territorialansprüche (*AS* 07.07.2012a). Ishihara dagegen wollte das Thema Senkakus wohl auch »internationalisieren« und die US-Öffentlichkeit entsprechend mobilisieren: In einer halbseitigen Anzeige des Wall Street Journal warb Tōkyōs Regierung um Verständnis für die Privatisierung der Inseln, sie liege auch in geostrategischem Interesse der USA: Mangelnde Unterstützung für asiatische Nationen, die sich China entgegenstellen, würde »den Verlust des ganzen Pazifischen Ozeans für die USA« bedeuten (*JT* 29.07.2012).

China betonte dagegen, es werde »weitere notwendige Maßnahmen ergreifen«, um die chinesische Hoheit über die Inseln (Diaoyu) abzusichern (*AS* 08.07.2012).

China pflegt also durchaus Drohgebärden gegenüber Japan und schürt so Misstrauen: 2011 stiegen japanische Kampfflugzeuge 156 Mal auf, um chinesische Kampffjets abzufangen, meist über Inselketten, zu denen auch die Senkakus zählen (Nansei-I.) (*JT* 27.04.2012). Verteidigungsminister Morimoto betonte daraufhin, dass auch unter der geltenden Rechtslage die SDF die territoriale Integrität Japans schützen können, eine Statusänderung der Selbstverteidigungsstreitkräfte also nicht zwingend sei. Zugleich relativierte er eine Äußerung Nodas, der unterstrichen hatte, Japan werde seine Hoheitsrechte gegebenenfalls auch durch Entsendung von SDF-Einheiten schützen; Morimoto hob hervor, dass der Schutz der Inseln unverändert Aufgabe der Küstenwache sei.

Im Januar 2011 war bereits ein bilaterales südkoreanisch-japanisches Abkommen ins Auge gefasst worden, das neben einem weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen, einem vorsichtigen Ausloten der Territorialfrage (Takeshima/Dokdo) vor allem eine Vereinbarung über den Austausch sicherheitsrelevanter Informationen (z.B. zwischen Südkoreas und Japans Militärführung) umfassen sollte (*AS* 07.07.2012b). Nur wenige Minuten vor Unterzeichnung dieses Militärabkommens mit Japan zog die südkoreanische Regierung ihre Zusage zurück: Ein Sturm der Entrüstung im Lande zwang die Regierung in Seoul, das diskret unter US-Vermittlung ausgehandelte Abkommen zu stornieren. Kern des Abkommens wäre ein Informationsaustausch der südkoreanischen Geheimdienste mit Japan gewesen, bisher läuft der Informationsfluss über Washington. Der gescheiterte Vertrag bedeutete einen Rückschlag für Noda, wobei offen blieb, warum die US-Regierung die Reaktionen in Südkorea nicht einkalkuliert hatte (*JT* 05.07.2012). Einen zusätzlichen Gesichtverlust musste Noda hinnehmen, als Südkoreas Präsident Lee Myung Bak erstmals Takeshima/Dokdo besuchte und den südkoreanischen Territorialanspruch bekräftigte. Nodas bezeichnete den Besuch als »außerordentlich bedauerlich«, aber auch seine Ankündigung, den Territorialstreit vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen, bewirkte in Japan nicht viel (*AS* 10.08.2012b).

### 2.3 Taktische Kabinettsumbildungen

Die erste Kabinettsumbildung nahm Noda nach nur vier Monaten Amtszeit im Januar 2012 vor – das Ziel einer Erhöhung der Mehrwertsteuer (und eine neue Sozialpolitik) im Blick. Die Zusammensetzung der neuen Ministerriege vom Januar 2012 bedeutete einerseits ein »Friedensangebot« an die Opposition, andererseits den Versuch Nodas, seine Politik innerparteilich abzusichern. Noda wechselte insbesondere zwei Minister aus, die im Dezember 2011 durch das Oberhaus gerügt

worden waren; er kam damit einer Forderung der LDP nach. Der frühere Chef der Demokratischen Partei und Generalsekretär der DPJ, Katsuya Okada, wurde jetzt zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt, als Ressort übernahm er Steuerpolitik und Sozialreformen (Staatsminister). Okada hatte als Generalsekretär die Verhandlungen mit der Opposition geführt. Seine Ernennung bedrohte aber die innere Einheit der DPJ, da die größte Parteigruppierung um Ichirō Ozawa ihn zu ihren erbitterten Feinden zählte, weil er wesentlich an der Suspendierung der Mitgliedschaft Ozawas beteiligt gewesen war, nachdem dieser wegen des Skandals um politische Spenden angeklagt worden war. Insgesamt wechselte Noda fünf von 17 Ministern aus, aber fast alle Kernressorts blieben unberührt (*JT* 14.01.2012). Ein riskanter Schachzug war die Ernennung Naoki Tanakas zum Verteidigungsminister: Er ist verheiratet mit der Tochter des früheren »Königsmachers« der LDP, Kakuei Tanaka, der ehemaligen Außenministerin Makiko Tanaka – sie gilt als Sympathisantin Ozawas (*JT* 14.01.2012). 2010 zählte Tanaka zu jener Gruppe, die vergeblich versucht hatte, Ozawa zum Parteichef der DPJ zu machen, mit seiner Ernennung hoffte Noda, die Einheit in der Partei wieder herzustellen.

Spätestens im Juni 2012 zeigte sich, dass Ozawa in der Frage der Steuererhöhungen zu keinen Kompromissen bereit war, es blieb Noda nur das Werben um die Opposition, wobei er offenbar bereits eine Abspaltung der Ozawa-Gruppe einkalkulierte. Die Engstirnigkeit, der Machthunger und die Selbstgerechtigkeit des »Zerstörers« löste scharfe Kritik in einigen Medien aus – Noda wurde geraten Kompromissversuche mit Ozawa aufzugeben und die Opposition einzubinden (*DY* 05.06.2012). Wieder opferte Noda zwei Minister bei der Kabinettsumbildung: Verteidigungsminister Tanaka und Kommunikationsminister Takeshi Maeda waren im April vom Oberhaus gerügt worden und mussten gehen. Neuer Verteidigungsminister wurde erstmals ein »unpolitischer« Wissenschaftler (*DY* 04.06.2012).

#### **2.4 »Katastrophe menschengemacht«: Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission zum Fukushima-Desaster**

2012 waren alle 54 Kernkraftwerke Japans aus Sicherheitsgründen oder wegen routinemäßiger Wartungsarbeiten abgeschaltet, sie lieferten vor »3/11« ca. 30 % des japanischen Stroms. Die Atomlobby übte aber massiven Druck auf die Politik aus, die Versorgung mit Kernenergie wieder zuzulassen, auch gegen den Widerstand der Öffentlichkeit. Vertreter anderer Industriebereiche (Automobile) schlossen sich den Forderungen an, da sie schwere Standortnachteile befürchteten

Zwei Kommissionen veröffentlichten 2012 ihre Berichte zu den Fukushima-Katastrophen; die eine wurde im Auftrag der Regierung tätig. Der erste Reaktor in Oi (Präf. Fukui) war gerade wieder angefahren worden, da legte auch die Fukushima Nuclear Accident Independent Investigation Commission (NAIIC, gegründet Dezember 2011) ihren vernichtenden Abschlussbericht zu Fukushima vor (NAIIC 2012). Die Kommission bestand aus angesehenen Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen und war im Auftrag des japanischen Parlaments tätig geworden. In ihrem Abschlussbericht wird fast allen Verteidigungsargumenten der Beteiligten – Atomindustrie, Bürokratie und Politik – eindeutig widersprochen: Atomindustrie, Politik und Bürokratie hätten jahrelang, schon vor der Katastrophe, zur Bagatellisierung von Risiken miteinander gekungelt – das unselige »eiserne Dreieck« manifestierte sich hier in seiner verhängnisvollsten Form. Nach der parlamentarischen Untersuchungskommission legte auch die Regierungskommission Ende Juli 2012 ihren Bericht vor: Sie hatte 772 Opfer und Verantwortliche vor Ort zu der Katastrophe befragt und, soweit möglich, Messungen vorgenommen. Auf 448 Seiten wurde ebenfalls ein vernichtendes Urteil gefällt. Weder TEPCO noch die Nuclear and Industrial Safety Agency (NISA) hätten sich ausreichend auf eine Riesen-Tsunami und andere Naturkatastrophen vorbereitet; TEPCO hatte zwar 2008 die Folgen eines Tsunami von 15 m auf Fukushima simuliert, aber anschließend keine Vorsichtsmaßnahmen getroffen (*JT* 26.07.2012). Nicht nur TEPCO als Betreiberfirma von Fukushima, sondern auch Kyushu Electric und KEPCO (Kansai Electric Power Company, Strommonopolist in der Region Ōsaka und Kyōto) gerieten schon Ende 2011 unter Druck: Die Menschen widersetzten sich allen Plänen, die abgeschalteten Kernkraftwerke wieder anzufahren.

## 2.5 Regierungskommission: Erdbeben nicht unmittelbar ursächlich für die Katastrophen

Der Abschlussbericht einer Wissenschaftler-Kommission im Auftrag der Regierung kam zu einem Ergebnis, das sich mindestens in einem entscheidenden Punkt von den Ergebnissen der Parlamentskommission unterscheidet: Das starke Erdbeben sei nicht auslösend für die Kette von Katastrophen in Fukushima gewesen, es gebe keine Hinweise, dass Funktionen der Anlagen *durch das Erdbeben schon vor dem Tsunami* ausgefallen waren. Diese Ergebnisse stützten sich auf Befragungen der Kraftwerksmitarbeiter und auf Datenmaterial aus den ersten Stunden der Ereignisse; Untersuchungen vor Ort waren wegen der Strahlenbelastungen nicht



möglich. Die Regierungskommission hatte ihre Schlussfolgerungen schon vor Veröffentlichung des Parlamentsberichts vorgelegt (*MS* 21.06.2012; *WSJ* 15.07.2012).

Wirtschaftsnahe Beobachter betonten, dass beide Berichte zumindest eine »Teilschuld« an den Katastrophen der Politik zuwiesen, die Regierung hatte alle Verantwortung allein der TEPCO zugeschrieben (*NIKKEI* 05.07.2012). Die Parlamentskommission wählte für ihre Schlussfolgerungen aus der Untersuchung die schärfsten denkbaren Formulierungen: Die Katastrophe war »made in Japan« (in der englischen Version des Reports), also »menschengemacht«, Hintergrund seien japanische Kulturspezifika wie reflexhafter Gehorsam, fehlende Bereitschaft Autoritäten in Frage zu stellen, die Neigung, an einem einmal beschlossenen Programm festzuhalten, Gruppenorientiertheit und insulares Denken. (*NYT* 05.07.2012; *DY* 07.07.2012)

## 2.6 Nuklearwirtschaft und Politik: Enthüllungen der *Mainichi Shinbun* u.a.

Die *Mainichi Shinbun* enthüllte im April und Mai eine Serie vertraulicher Treffen zwischen der Japan Atomic Energy Commission (JAEC, Verantwortungsbereich: Kabinettbüro) und führenden Vertretern der Atomlobby. Ziel war eine Revision des Interimreports zur Fortsetzung des Wiederaufbereitungszyklus von Kernbrennstoffen und das schnelle Wiederanfahren der stillgelegten Atommeiler; insgesamt 23 Geheimtreffen zwischen den Verantwortlichen für atomare Sicherheit und der Atomindustrie wurden registriert. Auf solchen Treffen soll die JAEC der Atomwirtschaft interne Dokumente zugänglich gemacht haben (*MS* 02.06.2012). Bereits im Februar 2012, so die *MAINICHI SHINBUN*, sollen Strategiedokumente zur neuen Atompolitik durch die JAEC Verfechtern der Kernenergie zur Kenntnis gebracht worden sein. Die JAEC bestritt, dass anschließend der Sicherheitsreport im Sinne der Befürworter der Kernenergie umgeschrieben worden sei (*AS* 26.05.2012). Der Chef der JAEC musste aber ein Geheimtreffen mit Vertretern der Atomindustrie bereits am 8. Dezember 2011 einräumen: in den folgenden ca. 20 weiteren Treffen wurden keine Protokolle verfasst, alle ausgegebenen Materialien wurden anschließend wieder von Mitarbeitern des Kabinettbüros eingesammelt (*MS* 25.05.2012). Auf einem Treffen am 24. April waren Vertreter der JAEC, der *Japan Nuclear Fuel Ltd.* (JNFL, Betreiber u.a. der Wiederaufbereitungsanlage Rokkasho) und ein führender Vertreter des Verbandes der Elektroindustrie Japans anwesend; Fazit des Treffens: Schnelle Endlagerung abgebrannter Brennstäbe ist kostengünstiger als Wiederaufbereitung. Gegen den Willen der JNFL entschied man sich für Endlagerung (Vergraben), um den Ausbau von Wiederaufbereitungsanlagen auszubremsen

(AS 26.05.2012). Die offenkundige Parteinahme der JAEC auf Seiten der Atom-Befürworter löste Unverständnis und Ärger in der DPJ aus: Während die Aufsichtsbehörde NISA (Nuclear and Industry Safety Agency) nach dem Fukushima-Desaster umstrukturiert wurde, blieb die JAEC-Organisation unverändert. Der Vorsitzende der JAEC bestritt heftig die Aussage, dass, wie die MS berichtet hatte, die geheimen Treffen einzustellen seien, sollten sie bekannt werden. Stattdessen bezeichnete er sie als »Studientreffen«; sie gehen bis in das Jahr 2004 zurück, Kritiker der Kernenergie waren nicht geladen (AS 26.05.2012; MS 25.05.2012).

## 2.7 Wieder Atomstrom gegen den Willen der Bevölkerung?

Ministerpräsident Noda hatte sich im Mai 2012 für die Wiederaufnahme der nuklearen Stromerzeugung ausgesprochen, da nur so die Wirtschaft Japans und das Wohl des japanischen Volkes abzusichern seien. Das Bekenntnis zur Kernenergie gab Noda im Verlauf einer Unterhausdebatte ab, in der es um die Schaffung einer neuen Sicherheitsbehörde für Kernenergie ging, indem die NISA (Nuclear and Industrial Safety Agency) und die Nuclear Safety Commission zusammengelegt werden sollen; die Opposition widersetzte sich entschieden diesem Plan (AS 30.05.2012). Mit der Wiederaufnahme der Atomstromlieferungen ging Noda ein weiteres hohes Risiko ein, denn in der Frage der Kernenergie ist Japan tief gespalten: Laut *Mainichi*-Umfragen lehnen 71 % der japanischen Bevölkerung die Atomkraft ab. Unter prominenter Führung des Literatur-Nobelpreisträgers Kenzaburō Ōe sollen 10 Millionen Unterschriften gegen die Kernkraft gesammelt werden, bis Juli 2012 hatten 7,85 Mio. Menschen unterschrieben (MS 16.07.2012).

Die öffentliche Meinung in Japan ist umgeschlagen: das nahezu blinde Vertrauen in eine stabile – und sichere – Atomstromversorgung verwandelte sich in tiefe Skepsis, die der Ministerpräsident bekämpfen musste. Inzwischen ist die TEPCO verstaatlicht worden, die Regierung konnte es sich nicht leisten den Versorgungsmonopolisten des Großraums Tōkyō in die Pleite zu schicken.

Ex-Regierungschef Naoto Kan wechselte ebenfalls die Seiten: Er räumte die Existenz des sog. »Atomdorfes« (Atomwirtschaft, Bürokratie, Politik – also eine Sonderform des »eisernen Dreiecks«) ein und übte deutliche Kritik an der Bürokratie und an TEPCO, überdies sprach er sich gegen das Anfahren der Reaktorblöcke von Oi aus und trat für einen langfristigen Atomausstieg ein (ARD 22.07.2012). Kan sprach sich auch dafür aus, dass Ministerpräsident Noda mit den Veranstaltern der Anti-Atomdemonstration vor dem Amtssitz des Regierungschefs sprechen sollte – es handele sich um eine neue Form politischer Partizipation, die man ernst

nehmen müsse. Auch Ex-Regierungschef Hatoyama äußerte gegenüber Kabinettssekretär Fujimura eine ähnliche Bitte – Fujimura lehnte das »persönliche Ansinnen« Hatoyamas ab (YS 21.07.2012a).

### 3. Parteien

#### 3.1 Die LDP 2011/2012: Pokerspiel und Machtgerangel um Steuererhöhungen

Seit Ende 2011 war die Position des LDP-Chefs Sadakazu Tanigaki gefährdet – seine innerparteilichen Gegner erstarkten. Bis Juli 2012 wurde immer deutlicher, dass er nur durch einen Erfolg bei vorgezogenen Neuwahlen seinen Posten halten würde; deshalb waren Ende 2011 / Anfang 2012 von dem Bestreben Tanigakis geprägt, Noda zu Neuwahlen zu zwingen. Der 79. Parteitag der LDP im Januar 2012 verabschiedete eine Plattform für das laufende Jahr, die Grundlage einer erneuten Machtübernahme der Partei bei anstehenden Neuwahlen werden sollte. Es fehlte dem Forum an Originalität, denn die LDP konnte zwar die DPJ attackieren, aber letztlich keine Alternativen zu Nodas politischen Zielen aufzeigen.

»Überlebenschancen« für Noda und seine Steuerpläne fanden sich in den zunehmend offen ausgetragenen Machtkämpfen der LDP, die unmittelbar auf diese Pläne zurückzuführen waren. Vor allem junge LDP-Parlamentarier zweifelten an den Führungsqualitäten des LDP-Chefs Tanigaki: Er habe die Grundsätze der LDP verraten, indem er Verhandlungen mit Noda führte. Prominenter Kritiker ist der Sohn des Gouverneurs von Tōkyō, Nobuteru Ishihara, der bereits Ende 2011 eine Kandidatur für die LDP-Präsidentschaft angekündigt hatte, es gibt aber weitere prominente Bewerber, nicht zuletzt Shinzō Abe, der bereits kurzzeitig Regierungschef war (DY 22.03.2012). Abe »liebäugelte« taktisch mit einer Mitgliedschaft in Hashimotos *Ōsaka Ishin no Kai*, hier wäre er *das* konservative Aushängeschild (AS 15.08.2012). In der Tat agierte Abe letztlich nur taktisch, wenig später wurde er zum neuen Parteichef der LDP gewählt; Parteimitglieder und Abgeordnete der LDP unterstrichen durch diese Wahlentscheidung den neuen ausgeprägten Rechtsruck in der Opposition.

Regierungschef Noda ging mit der Erhöhung der Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer) ein beträchtliches Risiko ein, wie frühere Versuche in dieselbe Richtung belegen – so lieferte er seinen Gegnern willkommene Gegenargumente: Experten warnen vor einem Abwürgen der Konjunktur, eine Entwicklung, die 2015 mit der vollständigen Anhebung auf 10 % sogar zu einer Rezession führen könnte. 1997

wurde die Mehrwertsteuer von 3 % auf 5 % erhöht – es folgte eine zweijährige Rezession, den damaligen Regierungschef Ryūtarō Hashimoto kostete es das Amt. Jedoch sind drastische Maßnahmen überfällig: Die Staatsverschuldung hat 230 % des BIP erreicht und liegt damit höher als in allen anderen Industrieländern. Die LDP kann alle Entwicklungen in diese Richtung Noda und der DPJ anlasten (YS 21.07.2012b).

### 3.2 Rette sich, wer kann – auch in der DPJ?

In der Hoffnung auf einen Sieg in vorgezogenen Neuwahlen gruppierten sich die Faktionen in der LDP um, von Überlebensängsten umgetrieben und Spitzenpositionen fest im Blick. Auch in der DPJ suchten Parlamentarier im vorweggenommenen Wahlkampf nach politischen Überlebenschancen, angesichts einer drohenden Niederlage der Regierungspartei. Parlamentarier, die wegen der Steuererhöhungspläne die DPJ nicht mit Ozawa verlassen hatten, suchten nach anderen Wegen, sich von Noda abzusetzen: Klientelpolitik gegen eine Mitgliedschaft in der TPP prägten die Taktik jener DPJ-Parlamentarier mit ländlicher Wählerbasis; Nodas Pläne für eine Novellierung des Gesetzes über Friedenssicherung (Waffeneinsatz für SDF-Einheiten im UN-Auftrag), eine Neudefinition des Rechtes auf »kollektive Selbstverteidigung« werden von ehemaligen Sozialisten in der DPJ strikt abgelehnt (*JT* 23.07.2012). Noda hatte die vorzeitige Auflösung des Unterhauses »baldmöglichst« angekündigt, in der DPJ und der Opposition ging man vom Oktober aus. Vorher musste Noda um seine Wiederwahl als Parteichef kämpfen, der Wahlgang war im September fällig und die Kräfte in der DPJ formierten sich zum »Wahlkampf vor den Wahlkämpfen«. Sollte er nicht wieder zum Chef gewählt werden, müsste auch ein anderer Ministerpräsident das Unterhaus auflösen, betonte Noda (*AS* 11.08.2012).

### 3.3 Die *Ōsaka Ishin no Kai*: »Tabubrecher« Tōru Hashimoto auf Positionssuche

Bereits in der vorangegangenen Ausgabe des Jahrbuches wurde auf die wachsende Bedeutung neuer Regionalparteien hingewiesen (*POHL* 2011: 34–38); der Name des Bürgermeisters von Ōsaka(-Stadt), Tōru Hashimoto, fiel ebenfalls schon in diesem Zusammenhang. Auch die Partei *Genzei Nippon* (Steuersenkung – Japan!, Präfektur Aichi) will sich jetzt landesweit etablieren. Der Bürgermeister von Nagoya warb um

»Deserteure« aus der DPJ und suchte den Schulterschluss mit dem Gouverneur von Aichi, der aber seinerseits schon eine *Chūkyō Ishin no Kai* gegründet hatte; diese »Reformgruppe Chūkyō« (Chūkyō = Großregion Nagoya) sollte noch vor der »Ōsaka Reformgruppe« eine Partei werden. Um als »Partei« Kandidaten in Einer- und Mehrwahlkreisen aufzustellen, sind fünf Abgeordnete nötig, die sich zusammenschließen (AS 18.08.2012). Hashimoto schwebt eine »dritte Kraft« vor, die neben (am besten: vor) DPJ und LDP zum entscheidenden Faktor der japanischen Innenpolitik werden soll.

Auch die Kōmeitō stellte sich eilig hinter Hashimoto und unterstützte seinen regionalpolitischen Plan, Stadt und Präfektur Ōsaka zu einer übergeordneten Gebietskörperschaft nach dem Vorbild Tōkyōs zu vereinen. Ozawas Gruppe ist hier ebenfalls im Spiel (DY 30.01.2012). Grundlegende konkrete Ziele einer nationalen Politikstrategie ließ Hashimoto unbenannt, die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen und eine tendenziell reaktionäre Ideologie der Gruppe können nicht als solche zählen.

Hashimoto hofft, bei den nächsten Unterhauswahlen mit seiner Gruppierung 200 Mandate bei 300 Kandidaten zu erringen – eine Zahl, die tendenziell auf Realitätsverlust hindeutet. Zu diesem Zweck hat Hashimoto ein Trainingsinstitut für angehende Kandidaten gegründet (DY 30.01.2012). Hashimoto ist aber nicht bereit, sein »politisches Alleinstellungsmerkmal« zugunsten anderer Regionalbündnisse aufzugeben: Er distanzierte sich scharf von der Chūkyō Ishin no Kai des Gouverneurs von Aichi. In der Vereinigung sind die Gouverneure von Aichi, Gifu, Mie und Shizuoka vereint, die bei den kommenden Unterhauswahlen in Einer-Wahlkreisen Kandidaten aufstellen wollen (AS 10.08.2012a).

### 3.4 Ichirō Ozawa: Der »Zerstörer« treibt auch 2012 sein Unwesen

Ozawa erlangte Anfang 2012 im Strafverfahren wegen Falschbuchungen von Parteispenden einen »Freispruch zweiter Klasse«, weil das Gericht einen entscheidenden Beweisantrag der Staatsanwaltschaft ablehnen musste, der unter Verwendung ungesetzlicher Methoden entstanden war. DPJ-Generalsekretär Koshi'ishi betrieb anschließend sofort die erneute Vollmitgliedschaft Ozawas in der DPJ, aber die Entscheidung Ozawas stand wohl längst fest: er wollte eine neue Partei – und betrieb so die Spaltung der DPJ.

Bei einer Bewertung der Spaltung in der DPJ lohnt ein Blick auf die Fraktionsstärke der einzelnen Parteien im Unterhaus: Die DPJ war in den letzten Unterhauswahl 2009 mit 308 Sitzen (vorher: 193) strahlender Sieger, die LDP dagegen sackte

von 181 auf 119 Sitze ab. Im Juli 2012 ergab sich folgende Sitzverteilung bei 479 Sitzen (eine Vakanz):

DPJ/Club of Independents	306
Liberal-Demokratische Partei (LDP)	118
Neue Kōmeitō (KMT)	21
Kommunistische Partei Japans (KPJ)	9
Kizuna Party	9
Sozialdemokratische Partei/Shimin Rengō	6
Your Party	5
People's New Party	4
Da'ichi-True Democratic Party	3
Sunrise Party of Japan	2
Unabhängige	13

Quelle: SHŪGI'IN (05.07.2012).

### 3.5 Gesetz zur Verdoppelung der Verbrauchssteuern verabschiedet – DPJ gespalten

Das japanische Fiskaldefizit beläuft sich 2012 auf 532,1 Mrd. US\$ oder 8,9 % des BIP, eine Erhöhung um 1 % könnte zusätzliche Steuereinnahmen von 2 Mrd. Yen erbringen. Es gebe andere Möglichkeiten, über Steuererhöhungen die Staatseinnahmen zu steigern: Die wichtigste Einnahmequelle des japanischen Staates ist die Einkommensteuer, aber diese Einnahmequelle ist erkennbar ausgetrocknet. Der Anteil der Arbeitsbevölkerung an der Gesamtbevölkerung ist von 65 % in den 70er Jahren auf 59 % in 2011 gefallen. Haupthindernisse einer Erhöhung der Mehrwertsteuer waren zu Beginn 2012 Zweifel daran, ob Noda das Gesetzesvorhaben über die parlamentarischen Hürden bringen würde; als Noda eine Erhöhung im Dezember 2011 vorschlug, verließen neun DPJ-Parlamentarier die Partei. Ein zweites Problem: Die gesamtwirtschaftliche Lage könnte sich 2014 in einer Rezession äußern. Bis 2013 dürfte die japanische Wirtschaft vom Bauboom aus den Aufräum- und Bauarbeiten der Fukushima-Katastrophen profitieren (Wachstumsschätzung: 2012 +2,4 %, 2013: +2 %). 2014 aber wird ein Rückgang des Wachstums erwartet – unter solchen Umständen wäre es zweifelhaft, ob die letzte Phase der Erhöhung umzusetzen wäre, die Gefahr einer Rezession ist dann hoch (OKUBO 27.03.2012).

Beobachter in Japan interpretieren Nodas Politik als Symptom für den wieder gewonnenen politischen Einfluss des Finanzministeriums (MOF): Die Ministerpräsidenten Kan und Noda sowie alle an den Verhandlungen mit der Opposition beteiligten Politiker – nicht zuletzt der LDP-Chef – waren zweitweise entweder Finanzminister oder unterhalten enge Kontakte zur Finanzbürokratie, sie haben offenbar die fiskalpolitischen Strategien des MOF übernommen. Die beiden Regierungschefs revidierten jeweils ihre Absage an Steuererhöhungen und fochten für eine Mehrwertsteuererhöhung, nachdem sie den Posten des Finanzministers bekleidet hatten. Eine verbreitete Meinung dazu ist: Die MOF-Bürokratie nutzte die Unerfahrenheit der beiden aus, um sie »umzudrehen« (*BUSINESSWEEK* 09.07.2012).

Am 26. Juni billigte das Unterhaus die acht Gesetze, durch die die Mehrwertsteuer bis April 2014 auf 8 %, bis Oktober 2015 auf 10 % erhöht werden soll. Ichirō Ozawa, Yukio Hatoyama sowie 57 weitere DPJ-Abgeordnete stimmten gegen die Gesetze, 16 enthielten sich oder blieben der Abstimmung fern. Von 480 Unterhausabgeordneten (eine Vakanz) stimmten 290 DPJ Parlamentarier für die Gesetze, dafür votierten auch 121 LDP-Abgeordnete und 21 von der Kōmeitō (*AS* 27.06.2012).

Generalsekretär Koshi'ishi versuchte noch verzweifelt, Ozawa von seinem Beschluss abzubringen, aber der »Zerstörer« behauptete, mit seinem Schritt den Willen des Volkes zu vertreten (*JT* 29.06.2012). Umfragen belegten eher das Gegenteil: Die Öffentlichkeit wollte keine neue »Ozawa-Partei«, 78 % der Befragten in einer Asahi Shinbun-Erhebung hielten nichts von einer »Ozawa-Partei«, aber 52 % lehnten auch die Steuererhöhung ab (*AS* 28.06.2012). Auch der Generalsekretär, der als enger Vertrauter Ozawas gilt, hatte keinen Erfolg. Ca. 40 Abgeordnete bekundeten ihre Loyalität zu Ozawa, andere aber fürchteten als Newcomer um ihr erstes Mandat, sie brauchten eine Organisation wie die DPJ im Rücken, um wiedergewählt zu werden, sie zögerten deshalb mit dem Austritt (*AS* 28.06.2012).

### 3.6 Die Situation Juli 2012: Regierungslager zerrissen

Schließlich kündigten 50 DPJ-Abgeordnete an, zusammen mit Ozawa die Regierungspartei zu verlassen und eine neue Partei zu gründen. Auch mit Ausscheiden der Parlamentarier behielt Nodas Regierung eine (denkbar knappe) Unterhausmehrheit von elf Sitzen. Ozawa warf der Regierung Noda Bruch ihrer Wahlversprechen von 2009 vor: Eine Steuererhöhung sei nicht vorgesehen gewesen, betonte der Architekt des überwältigenden Wahlsiegs der DPJ in 2009. Eine neue Partei unter Ozawas Führung würde weiter das Wiederaufahren von Kernkraftwerken fordern. Kabinettssekretär Fujimura bedauerte Ozawas Entscheidung angesichts überfälliger

Reformen im japanischen Steuer- und Sozialsystem, Generalsekretär Koshi'ishi lehnte weitere Gespräche mit den Parteirebellen ab. 52 DPJ-Parlamentarier der DPJ aus Unter- und Oberhaus hatten eine Absichtserklärung zum Austritt übergeben, aber letztlich verzichteten 20 Ozawa-Getreue auf den endgültigen Bruch, das »rettete« Noda vorläufig: Zum Verlust der Unterhausmehrheit hätten mindestens 55 Abgeordnete »von der Fahne gehen« müssen (MS 02.07.2012b). Sollte Ozawa eine neue Partei gründen, brauchte er mindestens 39 Sitze, um ein Misstrauensvotum einbringen zu können; auch ein Bündnis mit früheren DPJ-Renegaten würde dieses Quorum nicht erbringen.

Die DPJ-Parteiführung beschloss eine Reihe von sofortigen Strafmaßnahmen gegen die Abweichler und »Fahnenflüchtigen«, auch gegen den ehemaligen Partei- und Regierungschef Yukio Hatoyama, der ebenfalls gegen die Steuererhöhung gestimmt hatte; seine Mitgliederrechte in der DPJ wurden für sechs Monate suspendiert, ein Signal, dass er bei der nächsten Unterhauswahl bei der Kandidatenaufstellung nicht auf einem DPJ-Ticker antreten könnte, wenn sie in seine »Auszeit« fällt (YS 04.07.2012). Hatoyama verlor auch automatisch alle Parteiämter durch die Suspendierung. Er hatte zwar 2009 als Repräsentant der DPJ einen Generationswechsel durchgesetzt und genoss Respekt, aber ohne offizielle Anerkennung seiner möglichen Kandidatur bei Neuwahlen durch die DPJ dürfte er einen schweren Stand haben. Die LDP spielte damit, ihm einen Wahlkreis auf Hokkaidō anzubieten, um ihn von der DPJ abzuwerben (MS 04.07.2012). Von den 57 DPJ-Parlamentariern, die gegen die Steuererhöhung gestimmt hatten oder mit Enthaltung stimmten und Austrittserklärungen abgegeben hatten, wurden mit Ozawa 37 aus der DPJ ausgeschlossen; 19 hatten ihren Parteiaustritt nicht ausdrücklich erklärt, ihre Mitgliedschaft wurde für zwei Monate suspendiert, nur Hatoyama erhielt die höhere Bestrafung (MS 03.07.2012).

Neun Jahre nach der Vereinigung von Minshutō und Jiyūtō zur Minshutō (2003) spaltete sich also (in schlechter) japanischer Tradition wieder einmal eine Partei – und wieder war Ozawa maßgeblich an der Spaltung beteiligt. Der Zerfall der Partei wird auch der DPJ-Führung angelastet, die sich unfähig gezeigt hatte, die inneren Spaltungen zu überwinden. Dabei hatte sich die DPJ dem Ränkespiel des »Zerstörers« Ozawa ausgeliefert, um die Macht zu erringen. Das Zweckbündnis Nodas mit der LDP und der Neuen Kōmeitō brachte ihn in Erklärungsnot, jetzt musste er wieder das Profil der DPJ schärfen und damit die Daseinsberechtigung der Partei begründen. Ozawa brachte der DPJ zwar mehr Führungswillen und Eigenständigkeit, aber er zerstörte auch wie gewohnt von innen her die Partei – der Bruch musste kommen, als Ozawa und seine Getreuen erkannten, dass er unter den politischen Rahmenbedingungen von 2012 niemals die Führung der DPJ übernehmen würde.



Ozawa will die Macht und hinterlässt politische Trümmer, wenn er sie nicht bekommen kann (MS 03.07.2012).

### 3.7 Neue »Ozawa-Partei«

Ozawas Manöver zur Gründung einer neuen Partei wurden bereits im April 2012 erkennbar: Seine innerparteiliche Gruppierung (de facto: Faktion, *habatsu*) *Atarashii Seisaku Kenkyūkai* (Forschungsgruppe neue Politik) begann auf der eigenen Website Noda scharf zu attackieren (AS 06.04.2012). Am 9. Juli wurde Ozawa zusammen mit 49 DPJ-Parteirebellen, die gegen die Gesetzesvorhaben zur Reform der Sozialpolitik und die Erhöhung der Verbrauchssteuern gestimmt hatten, förmlich aus der Partei ausgeschlossen; es handelte sich um 37 Unterhaus- und 12 Oberhausabgeordnete (DY 10.07.2012a). Politiker aus Präfekturen, die von der »3/11«-Katastrophe besonders schwer betroffen waren, schlossen sich Ozawa an (DY 10.07.2012b). Auch zehn DPJ-Parlamentarier der Präfekturversammlung von Iwate, Ozawas Hochburg, folgten; damit war die Präfekturorganisation der DPJ in Iwate tief gespalten, denn viele andere Parlamentarier dort missbilligten den Politikstil Ozawas (MS 13.07.2012). Die Mehrheit von Ozawas Anhängern sind jüngere Abgeordnete, die 2009 erstmals gewählt wurden (25 Abgeordnete), und die sich um ihre Wiederwahl in den kommenden Unterhauswahlen sorgen müssen, das gilt besonders für 13 Parlamentarier, die über Listenplätze gewählt wurden, weniger für die Direktmandate. Auch von den »fahnenflüchtigen« zwölf Oberhausabgeordneten verfügen nur wenige über eine Machtbasis, da ihre Mandate noch unter der LDP-Regierung vergeben wurden (MS 02.07.2012a).

Ozawa gründete seine neue Partei zusammen mit 48 Gefolgsleuten am 10. Juli 2012. Die neue Partei trägt vorläufig den Namen *Kokumin no Seikatsu ga Dai'ichi* (Das Leben des Volkes zuerst!) und besteht aus 37 Unterhaus- und zwölf Oberhausabgeordneten, andere Politiker dürften noch dazu stoßen. Programmschwerpunkte sind Fiskal- und Verwaltungsreformen sowie entschlossener Widerstand gegen jede Mehrwertsteuererhöhung. Aber Ozawa will auch die wachsende Ablehnung der Bevölkerung zur Kernkraft und die Abhängigkeit des Landes von Atomstrom (jetzt 30 %) verringern, die Kernkraft soll eine Übergangsenergie sein. Die meisten Parteimitglieder sind junge Politiker ohne Erfahrung im politischen Alltagsgeschäft, viele verdanken ihre Karriere Ozawa persönlich; eine Unterhauswahl dürfte die neue Partei kaum erfolgreich bestehen (JT 11.07.2012). Spätestens 2013 sind reguläre Neuwahlen fällig. Aber die größte Bedrohung für die Regierung Noda wäre 2012 der Parteiaustritt weiterer DPJ-Parlamentarier gewesen (JT 11.08.2012).

Die Reaktionen der anderen Oppositionsparteien auf Ozawas Neugründung war kühl bis ablehnend, aber gepaart mit deutlicher Konkurrenzangst; vor allem LDP-Generalsekretär Nobuteru Ishihara übte scharfe Kritik: Er warf Ozawas neuer Partei vor, »nichts anderes zu tun, als den Bruch des ›Kontrakts mit dem Wähler‹ der DPJ« fortzusetzen. Die Kōmeitō vermisste konkrete Politikziele und bezweifelte, dass die neue Partei die Interessen des Volkes befördern könne. Die KPJ zweifelte daran, dass Ozawas Partei ihre beiden Hauptziele, die Verhinderung der Mehrwertsteuererhöhung und das Eintreten für die Atomkraft zusammen führen kann. Die kleinen Oppositionsparteien sorgten sich um ihre Eigenständigkeit, wenn sie in den Sog Ozawas gerieten (*Jiji* 11.07.2012). Bereits jetzt begannen die Kämpfe um aussichtsreiche Wahlkreise, so bekam Yukio Hatoyama in Hokkaidō 9 als Herausforderer einen bekannten Ex-Spitzensportler, dafür sorgte LDP-General Ishihara. Ozawa und Ex-Regierungschef Hatoyama suchen offenbar weitere Gemeinsamkeiten; beide Politiker zeigten sich nach dem Parteiaustritt Ozawas mehrmals demonstrativ gemeinsam in der Öffentlichkeit (*MS* 29.07.2012).

## Literatur

- ARD (22.07.2012), »Interview mit Naoto Kan«, [http://mediathek.daserste.de/sendungen\\_az/329478\\_weltspiegel/11208426\\_extra-japans-ex-premier-im-exklusiv-interview-?buchstabe=W](http://mediathek.daserste.de/sendungen_az/329478_weltspiegel/11208426_extra-japans-ex-premier-im-exklusiv-interview-?buchstabe=W) (23.07.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (06.04.2012), »Ozawa Appears Intent on Forming New Party«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/politics/AJ201204060030](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201204060030) (15.06.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (26.05.2012), »Ties Remain Tight between Atomic Energy Commission, Nuclear Industry«, <http://ajw.asahi.com/article/0311disaster/fukushima/AJ201205260060> (11.07.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (30.05.2012), »Noda Says Japanese Lifestyles Rely on Nuclear Power«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/politics/AJ201205300041](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201205300041) (11.07.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (27.06.2012), »Minshu, Jijitsujō no Bunretsu Jōtai« [DPJ de facto im Zustand der Spaltung], <http://www.asahi.com/politics/update/0626/TKY201206260692.html> (10.08.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (07.07.2012a), »Central Government Plans to Buy Senkaku Islands«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_news/politics/AJ201207070062](http://ajw.asahi.com/article/behind_news/politics/AJ201207070062) (10.07.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (07.07.2012b), »Seoul Admits Mistakes in Negotiating Military Pact with Japan«, [http://ajw.asahi.com/article/asia/korean\\_peninsula/AJ201207070060](http://ajw.asahi.com/article/asia/korean_peninsula/AJ201207070060) (11.08.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (08.07.2012), »China Dismisses Japan Plan to Buy Disputed Islands«, [http://asahi.com/article/behind\\_news/politics/AJ207080023](http://asahi.com/article/behind_news/politics/AJ207080023) (10.07.2012).

- AS (*ASAHI SHINBUN*) (28.07.2012), »Nihonban ›Midori no Tō Hassoku« [Start der japanischen Form einer Grünen Partei], <http://www.asahi.com/politics/update/0728/TKY201207280683.html> (10.08.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (10.08.2012a), »Hashimoto: ›Ōsaka Ishin to ha Kankei nai« [Hashimoto: »Keine Beziehungen mit der Ōsaka-Reform«], <http://www.asahi.com/politics/update/0810/NGY201208100022.html> (10.08.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (10.08.2012b), »Kankoku Daitōryō, Takeshima ni Jōriku« [Südkoreas Präsident besucht Takeshima], <http://www.asahi.com/international/update/0810/TKY201208100228.html> (11.08.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (10.08.2012c), »Minshu, Shūsan no Senkyo Taisaku Honbun o Setchi he« [DPJ gründet Hauptquartier für Unterhaus- und Oberhauswahlen], <http://www.asahi.com/senkyo/TKY201208100449.html> (10.08.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (11.08.2012), »Minshu Daihyōsen, Tairitsu Kōhō Hōritsu no Ugoki« [Wahl des DP-Chefs, Manöver der widerstreitenden Kandidaten], <http://www.asahi.com/politics/update/0811/TKY201208100835.html> (11.08.2012).
- AS (*ASAHI SHINBUN*) (18.08.2012), »New Parties Forming for Expected Mass Defection from the DPJ«, [http://ajw.asahi.com/article/behind\\_newpolitics/](http://ajw.asahi.com/article/behind_newpolitics/) (20.08.2012).
- BUSINESSWEEK* (09.07.2012), »Japan's Once Dominant Finance Ministry Rises Again with Noda Tax«, <http://www.businessweek.com/news/2012-07-09/japan-s-once-dominant-finance-ministry-rises-again> (17.07.2012).
- DY (DAILY YOMIURI)* (30.01.2012), »Hashimoto's Party Focus on ›3rd Force«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T120129003042.htm> (02.02.2012).
- DY (DAILY YOMIURI)* (22.03.2012), »LDP Members Gearing Up to Replace Tanigaki«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T120321005159.htm> (22.07.2012).
- DY (DAILY YOMIURI)* (04.06.2012), »Professor Gets Defense Post«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T120604004560.htm> (14.07.2012).
- DY (DAILY YOMIURI)* (07.07.2012), »Report Vividly Describes ›Man-Made‹ Disaster«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T120706003982.htm> (02.07.12).
- DY (DAILY YOMIURI)* (10.07.2012a), »Ishihara's Survey Plan Forced Noda to Act«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/T120709003704.htm> (10.07.2012).
- DY (DAILY YOMIURI)* (10.07.2012b), »Iwate Gov. to Part with DPJ, Join Ozawa Party«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T120709003948.htm> (10.07.2012).
- DY (DAILY YOMIURI)* (13.07.2012), »China Making Waves again with Senkaku Islands Incursion«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/editorial/T120713003770.htm> (18.07.2012).
- JJI* (21.07.2012), »Shintō ni Hiyayaka« [Kühl gegenüber der neuen Partei], <http://www.jiji.com/jc/zc?k=201207/2012071100935> (22.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES)* (14.01.2012), »New Noda Cabinet on Tax Push«, <http://www.japantimes.co.jp/print/nn20120114a1.html> (15.01.2012).

- JT (JAPAN TIMES)* (23.02.2012), »Nagoya Mayor Won't Budge on Nanjing Remark«, <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120223a5.html> (18.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES)* (21.04.2012), »81 Lawmakers Visit Yasukuni ahead of Festival«, <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120421a4.htn> (22.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES)* (27.04.2012), »Fighters Launched 156 Times for China«, <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120427b5.htn> (22.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES)* (05.05.2012), »Rushing for Constitutional Changes«, <http://www.japantimes.co.jp/text/ed20120505a1.html> (28.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES)* (15.06.2012), »Fukui Gov. Set to Give OK on Oi Restart«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T120614005660.htm> (03.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES)* (29.06.2012), »Koshiishi Scrambles to Avoid DPJ Split«, <http://www.japantimes.co.jp/print/nn20120629a1.html> (03.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES)* (05.07.2012), »Seoul Starts to Probe Military Pact Snafu«, <http://www.japantimes.co.jp/text/n20120705b3.html> (16.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES)* (26.07.2012), »Obsession with Safety Myth«, <http://www.japantimes.co.jp/text/ed20129726a1.html> (27.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES)* (29.07.2012), »Ad in Wall Street Journal Seeks U.S. Support for Senkaku Purchase«, <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120729a2.htn> (30.07.2012).
- JT (JAPAN TIMES)* (11.08.2012), »Upper House Passes Bill to Hike Sales Levy«, <http://www.japantimes.co.jp/text/nn20120811a1.html> (11.08.2012).
- MS (MAINICHI SHINBUN)* (25.05.2012), »Atomic Commission Chief Admits Attendance at Secret Session on Nuclear Fuel-Cycle«, <http://mainichi.jp/english/newsselect/news/20120525p2a00monao2000oc.html> (11.07.2012).
- MS (MAINICHI SHINBUN)* (02.06.2012), »JAEC Handed Nuclear Policy Meeting Docs to Pro-Nuclear Figures at Secret Meeting«, <http://mainichi.jp/english/english/newsselect/news/20120602p2a00monao0900oc.html> (11.07.2012).
- MS (MAINICHI SHINBUN)* (21.06.2012), »TEPCO Report on Fukushima Nuke Disaster Dodges Blame«, <http://mainichi.jp/english/newsselect/news/20120621p2a00monao1300oc.html> (20.07.2012).
- MS (MAINICHI SHINBUN)* (02.07.2012a), »DPJ Reaping What It Has Sown as Ozawa Defects«, <http://mainichi.jp/english/perspectives/news/2020120703p2ao> (04.07.2012).
- MS (MAINICHI SHINBUN)* (02.07.2012b), »Minshu Bunretsu« [Spaltung der DPJ], <http://mainichi.jp/select/news/20120703k000om01007400oc.html> (13.07.2012).
- MS (MAINICHI SHINBUN)* (03.07.2012), »Minshutō Bunretsu: Kaitōteki Minaoshi o motomeru« [Spaltung der DPJ: Streben nach Überwindung der Spaltung], <http://mainichi.jp/opinion/news/20120703k000om07010500oc.html> (06.07.2012).
- MS (MAINICHI SHINBUN)* (04.07.2012), »Minshutō: Shobun no Hatoyama-shi« [DPJ: Der bestrafte Hatoyama], <http://mainichi.jp/select/news/20120704k000om01009700oc.html> (05.07.2012).

- MS (*MAINICHI SHINBUN*) (08.07.2012), »Govt Looks to Buy Senkakus«, <http://www.yomiuri.co.jp/national/T20707002597.htm> (10.07.2012).
- MS (*MAINICHI SHINBUN*) (13.07.2012), »Ozawa-Shi Chigen no Iwate: Minshu Kenren Bunretsu« [Ozawas Basis Iwate: Spaltung der Präfekturorganisation der DPJ], <http://mainichi.jp/select/news/20120713mogoomo4002200oc.html> (13.07.2012).
- MS (*MAINICHI SHINBUN*) (16.07.2012), »Antinuclear Rally Draws 170,000 People at Central Tokyo Park«, <http://mainichi.jp/english/english/newsselect/news/20120716p2g-oomodm09000oc.html> (17.07.2012).
- MS (*MAINICHI SHINBUN*) (29.07.2012), »Shōhizei Sōka« [Erhöhung der Verbrauchssteuer], <http://mainichi.jp/select/news/20120730koo00mo1002100oc.html> (30.07.2012).
- NAIIC (Nuclear Accident Independent Investigation Commission) (2012), Report / Executive Summary, <http://www.slideshare.net/jikocho/naaic-report-hires> (07.07.2012).
- NIKKEI (05.07.2012), »DJ: Fukushima Nuclear Accident Report Puts Partial Blame on Politicians«, <http://nikkei.com/e/fr/tnks/Nni20120705DOSJF385.htm> (28.07.2012).
- NYT (*NEW YORK TIMES*) (01.07.2012), »In Japan, First Reactor Is Restarted since Earthquake«, <http://www.nytimes.com/2012/07/02world/asia/japan-restarts-a-nuclear-reactor.html> (08.07.2012).
- NYT (*NEW YORK TIMES*) (05.07.2012), »Inquiry Declares Fukushima Crisis a Man-Made Disaster«, <http://www.nytimes.com/2012/07/06/world/asia/fukushima-nuclear-crisis-aman-amde-disaster-report-says.html?ref=japa&pagewanted=print> (07.07.2012).
- OKUBO, TAKUJI (27.03.2012), »Sales Tax Hike Is a Bitter Pill Japan Needs to Swallow«, in: *BBC News*, <http://www.bbc.uk/news/business-17488220?print=true> (06.07.2012).
- POHL, MANFRED (2011), »Japanische Innenpolitik 2010/2011: Schwerpunkte und Tendenzen«, in: DAVID CHIAVACCI und IRIS WIECZOREK, *Japan 2011: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Berlin: VSJF, S. 25–52.
- SHŪGI'IN (05.07.2012), *Kaihomei oyobi Kaihabetsu Shozoku Gi'insū* [Zahl der Abgeordneten nach Namen und Fraktionszugehörigkeit], [http://www.shugiin.go.jp/index.ns/html/index\\_kousei2htm](http://www.shugiin.go.jp/index.ns/html/index_kousei2htm) (05.07.2012).
- WSJ (*WALL STREET JOURNAL*) (15.07.2012), »No Proof of Serious Quake Damage at Fukushima: Government Panel«, <http://online.wsj.com/article/BT-CO-20120715-700704.html> (28.07.2012).
- XINHUANET (22.02.2012), »Nanjing Suspends Official Contact with Nagoya«, [http://news.xinhuanet.com/english/china/2012-02/22/c\\_131423566.htm](http://news.xinhuanet.com/english/china/2012-02/22/c_131423566.htm) (08.07.2012).
- YS (*YOMIURI SHINBUN*) (04.07.2012), »Hatoyama-shi, Shikaku Teishi Kikanchū ha Shūinsen Kōnin sarezu?« [Hatoyama bei Unterhauswahlen während seiner Suspendierung ohne offizielle Anerkennung?], <http://www.yomiuri.co.jp/feature/20100806-849918/news/20120704-OYT11Too218.htm?from=popin> (10.07.2012).

- YS (*YOMIURI SHINBUN*) (10.07.2012), »Ozawa Shintō, 11-Nichi ni Kettō Taikai« [Gründungsparteitag der neuen Ozawa-Partei am 11. Juli], <http://www.yomiuri.co.jp/feature/20100806-849918/news/20120709-OYT1TO1438.htm> (10.07.2012).
- YS (*YOMIURI SHINBUN*) (21.07.2012a), »Shushō ha Hangenbatsu Demo no Shūsaisha to Menkai o« [Ministerpräsident sollte mit Veranstaltern der Anti-Atomdemonstration reden].
- YS (*YOMIURI SHINBUN*) (21.07.2012b), »Shūinsen, 9-Getsu 30-Nichi Tōhyō de Junbi« [Vorbereitung für den 30. September als Tag der Unterhauswahl], <http://www.yomiurico.jp/election/shugiin/news/20120721-OYT1T00758.htm> (22.07.2012)
- YS (*YOMIURI SHINBUN*) (11.08.2012), »Shushō ›10-Getsu Kaisan‹ Sōtei to no Mikata: Jimin Ishihara-Shi« [Ishihara (LDP) äußert die Ansicht, dass der Ministerpräsident zur »Auflösung im Oktober« tendiert], <http://www.yomiuri.co.jp/politics/news/20120811-OYT1T00422.htm> (11.08.2012).